

**Berliner
CDU**

17/115-Ber. 81

BERLIN WILL DEN POLITISCHEN WECHSEL

**Programm der Berliner CDU
für die Wahlen am 10. Mai 1981**

**Vorlage für den
65. Landesparteitag
der Berliner CDU am 21. März 1981
ohne Änderung verabschiedet**

B E R L I N W I L L D E N P O L I T I S C H E N W E C H S E L

Am 10. Mai wählt Berlin ein neues Parlament. Das ist ein Erfolg der Berliner. Mit 250.000 Unterschriften haben sie den Antrag der CDU auf Volksbegehren und den politischen Neubeginn unterstützt. Sie fordern: Schluß mit der politischen Mißwirtschaft von SPD und F.D.P. !
Ja zum demokratischen Wechsel !

Der Verlust von über 100 Millionen durch den Fall Garski, Hausbesetzungen und Krawalle sind nur der äußere Anlaß. Enttäuschungen und Verärgerung der Berliner liegen tiefer. Sie erleben die SPD heute so:

- Die SPD beantwortet neu auftauchende Probleme stets mit noch mehr Staat und noch mehr Bürokratie. Immer neue Gesetze, Verordnungen, Verfügungen sind die Folge. So werden Bürgerfreiheit, Unternehmungsgeist und Risikobereitschaft erstickt.
- Die SPD schafft mit mehr Staat und mit mehr Bürokratie viele Gelegenheiten, Ämter zu verschieben. Parteibuchwirtschaft aber ist die teuerste Wirtschaft. Es wird Linientreue und nicht Leistung belohnt. So wird der Filz produziert, den die Berliner Arbeitnehmer mit ihren Steuern teuer bezahlen müssen.
- Die SPD geht mit dem Geld anderer Leute besonders großzügig um. Alles, was gebaut wird, muß groß und teuer sein. So das Kongreßzentrum oder der Breitenbachplatz - häßlich ist er außerdem. Übertriebene Planung aber kostet den Steuerzahler Millionen, für die tausende von Wohnungen hätten gebaut werden können.

- Die SPD verwaltet Mängel, statt sie zu beseitigen. Wartelisten überall: bei der Wohnungssuche, bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder einem Platz in einer Kindertagesstätte. Und das Schlimmste ist, sie hat die Mängel, die sie jetzt verwaltet, durch ihre falsche Politik oft erst erzeugt.

Das sind nur einige Beispiele aus über 30 Jahren SPD-Herrschaft. Einst war die SPD die große Partei Berlins. Aber sie glaubte sich der Wähler so sicher, daß sie die Stadt als ihr Eigentum betrachtete. Die Folgen konnten nicht ausbleiben. Die SPD hat sich in ihrer langen Regierungszeit verbraucht. Die Partei ist verantwortlich für die Vielzahl von Skandalen und Fehlplanungen. Jetzt versucht sie den alten Trick. Sie verspricht den Neubeginn und vertraut auf Vergessen und Langmut der Bürger. Das war schon in der Vergangenheit so. Beim Wechsel von Albertz zu Schütz, von Schütz zu Stobbe und nun von Stobbe zu Vogel.

Die Berliner Probleme werden nicht durch einen Austausch der sozialdemokratischen Köpfe gelöst, sondern nur durch einen Wechsel zur CDU. Die CDU hat ein klares und einleuchtendes "Programm für Berlin". Es enthält schlüssige Antworten auf die drängenden Fragen der Berliner zum Wohnungsbau, zum Umweltschutz, zur Schulpolitik, zur sozialen Sicherung.

Bei der Wahl am 10. Mai geht es vor allem um folgende Fragen:

- Sicherung des Rechtsfriedens
- Schluß mit den Hausbesetzungen
- Lösung der Wohnungsnot
- zukunftsgerechte Stadtentwicklung
- weniger Staat, weniger Bürokratie, mehr Selbstverantwortung
- Sicherung der Arbeitsplätze und Stärkung der Wirtschaftskraft

- eine Schule, die den Kindern gerecht wird
- Kampf den Drogen
- Zuzugsstopp und Eingliederung für Ausländer

W I R W E R D E N D E N R E C H T S F R I E D E N
W A H R E N U N D D E N B E R L I N E R N W I E D E R
S I C H E R H E I T G E B E N

Der Rechtsfrieden in unserer Stadt ist bedroht. Die Kriminalität wächst ständig. Die Zahl der rechtswidrigen Hausbesetzungen wird immer größer. Krawalle, Steinwürfe und zerbrochene Fensterscheiben beunruhigen die Berliner. Brandanschläge und politisch motivierte Bedrohungen nehmen zu. Gerichtliche Ermittlungen gegen Rechtsbrecher sind durch die politische Führung in Berlin verzögert, hinausgeschoben und damit wirkungslos gemacht worden. Vogel und sein Senat vermitteln den Eindruck der Hilflosigkeit. Heute wird jeder Parksünder verfolgt, aber Steinwerfer und Chaoten dürfen sich mit sozialen Mißständen und ihren angeblich moralischen Motiven herausreden.

Es gibt zwar keine Patentrezepte. Aber es darf keinen Weg am Gesetz vorbei geben. Straftäter dürfen nicht zu neuen Straftaten ermuntert werden. Ihnen müssen klar und deutlich die Grenzen gesetzt werden.

Deshalb wird die CDU

- der Bekämpfung der Kriminalität wieder Vorrang geben;

- auch in besetzten Häusern Ermittlungen wegen schwerer Straftaten vornehmen;
- widerrechtlich besetzte Häuser auf Antrag der Eigentümer unverzüglich räumen;
- durch klare und sichere Einsatzbefehle das Ansehen und die Erfolgchancen der Berliner Polizei verbessern;
- mehr Polizeibeamte zum Schutz der Bürger im Streifendienst einsetzen.

Der Regierende Bürgermeister ist für die Untätigkeit bei der Verfolgung von Straftaten verantwortlich. Damit gefährdet er die Grundlagen des liberalen Rechtsstaates. Die Durchsetzung des Rechtes dient dem Schutz des Schwachen. Der Staat darf nicht zulassen, daß sich der einzelne sein tatsächliches oder vermeintliches Recht mit Gewalt selber nehmen kann. Eine Regierung, die dem Recht nicht mehr zur Geltung verhilft, muß abgewählt werden.

W I R B E E N D E N D I E W O H N U N G S N O T

35 Jahre nach Kriegsende muß endlich die Wohnungsnot in Berlin beseitigt werden. Es gibt in unserer Stadt zwar über eine Million Wohnungen. Aber die Statistik trügt. Denn in der Zahl sind auch die Bruchbuden ohne Innentoilette mit eingerechnet. Sie müssen durch Neubauten ersetzt werden.

Auch muß mehr modernisiert und mehr instandgesetzt werden. Es ist unverantwortlich, guten Wohnraum leerstehen zu lassen. Mit der Besetzung von Häusern aber wird überhaupt kein Problem gelöst. Im Gegenteil, oft werden dadurch längst überfällige Baumaßnahmen verhindert.

Die CDU wird dafür sorgen, daß kurzfristig entschieden wird, was mit leerstehenden Wohnungen geschieht.

- Wenn sie modernisiert und instandgesetzt werden können, ist mit den Baumaßnahmen unverzüglich zu beginnen.
- Wenn sie nach dem Sanierungsplan erst in einigen Jahren abgerissen werden sollen, müssen sie befristet wiedervermietet werden.
- Wenn alle gesetzlichen und praktischen Voraussetzungen für Abriß und Neubau vorliegen, müssen besetzte Häuser nötigenfalls zwangsweise geräumt werden.

W I R W O L L E N E I N E N E U E
S A N I E R U N G S P O L I T I K

Wenn Stadtsanierung am Reißbrett entschieden wird und die betroffenen Menschen nicht einmal gehört werden, kommt das Leben zu kurz. Gewiß, in jeder Beziehung überlastete Wohngebiete können nicht in ihrem alten Zustand erhalten bleiben. Dieser

Grundsatz aber darf kein Freibrief sein für eine hemmungslose Zerstörung gewachsener Strukturen und eine rücksichtslose Vertreibung der Bewohner.

Die bisherige SPD-Sanierungspolitik schwor auf die der Blocksanierung. So kam es dazu, daß jahrelang Häuser leerstehen konnten, weil erst saniert wurde, wenn die letzte Wohnung in einem Häuserblock geräumt war.

Für die Stadterneuerungspolitik der CDU gilt die Grundformel:

- Instandsetzung vor Modernisierung,
- Modernisierung vor Sanierung.

Die CDU will die Vielfalt von Instandsetzung, Modernisierung, Sanierung und Neubau in allen Stadtteilen. Bisläng wurden Häuserblöcke und darüber hinaus zusammenliegende Blockbereiche an eine große Sanierungsgesellschaft vergeben. Sie hat dann entsprechend geschaltet und gewaltet. Bürokratisierung und Entmündigung der betroffenen Bürger waren die Folge.

Große Gesellschaften wollen vorzugsweise Neubauwohnungen errichten oder Standardmodernisierung im großen Ausmaß durchführen. Die noch guterhaltene und billigere Altbauwohnung wurde für dieses Ziel einfach geopfert.

Die CDU will

- Modernisierung ohne Vertreibung,

- Sanierungsträger für kleinere Bereiche,
- weniger Bürokratie bei den Förderungsmaßnahmen im Wohnungsbau.

S I C H E R H E I T U N D V E R T R A U E N A U F D E M W O H N U N G S M A R K T

Die CDU wird dafür sorgen, daß zunächst wieder in jedem Jahr 10.000 Wohnungen gebaut werden. Der öffentlich geförderte Wohnungsbau soll für alle Einkommenschichten geöffnet werden.

Die CDU will die Mietpreisbindung für bestehende Mietverhältnisse bis 1990 verlängern. Diese Zeit ist zu nutzen, um die Qualität des Wohnungsangebotes entscheidend zu verbessern. Außerdem muß das Wohngeld entscheidend verbessert werden. Wohnung ist nicht nur ein lang lebendes Wirtschaftsgut, sondern auch ein menschliches Grundbedürfnis. Zwischen beiden Aussagen besteht heute ein Widerspruch, der aufgelöst werden muß.

D E R U M W E L T S C H U T Z I S T B E S T A N D T E I L D E R S T A D T E N T W I C K L U N G S P L A N U N G

Die CDU wird die Aufgaben der Stadtentwicklungsplanung und des Umweltschutzes in einem Ressort zusammenfassen. Nur die organisatorische Einbindung aller mit Planung, Entwicklung sowie Umweltschutz befaßten Verwaltungen unter einer politischen Verantwortung

bietet die Gewähr, daß in Berlin endlich richtig für die Zukunft gedacht und gehandelt wird. Der Umweltschutz muß dabei eine noch größere Rolle spielen.

Zielvorstellungen der CDU:

- Die S-Bahn soll in einem Verkehrsverbund des öffentlichen Nahverkehrs einbezogen werden,
- Baugebote sollen helfen, die Baulücken in der Innenstadt zu schließen,
- der Charakter der Stadtrandsiedlungen soll erhalten bleiben,
- der Bau der Autobahn durch den Tegeler Forst soll durch einen weiterhin offenen Übergang in Staaken vermieden werden,
- wir wollen Verkehrsberuhigung in Wohnstraßen,
- ein Landesamt für Umweltschutz soll den Vollzug von Umweltvorschriften verbessern.

Die IBA muß einen maßgeblichen Beitrag zur langfristigen Lösung der Stadtentwicklungsprobleme leisten. Hierzu sind internationale Planungswettbewerbe erforderlich. Es geht um eine Perspektive, die auch eine Wiederausammenführung der heute durch die Mauer getrennten Teile der Stadt ins Auge faßt.

Die Westtangente muß aus Gründen des Umweltschutzes und der Verkehrsberuhigung in Wohnstraßen gebaut werden. Einzelheiten der Trassen- und Baudurchführung sind nach Überprüfung festzulegen.

ZUZUGSSTOPP FÜR AUSLÄNDER

WIR WERDEN DIE RÜCKKEHR IN DIE HEIMAT UNTERSTÜTZEN

Trotz des Anwerbstopps wächst der Ausländeranteil in Berlin stetig. In einigen Bezirken Berlins ist es zu einer Ausländerballung gekommen. Diese Entwicklung lähmt die Integrationsbereitschaft und die Fähigkeit dazu auf beiden Seiten. Es ist daher notwendig, jeden weiteren Zustrom von Ausländern nach Berlin zu unterbinden.

Diese Maßnahme hilft den Berlinern. Sie muß nicht zuletzt im Interesse der hier bereits lebenden Ausländer durchgesetzt werden. Nur dann ist Integration überhaupt noch denkbar.

Die sicherste Grundlage für die soziale und berufliche Eingliederung der Kinder und Jugendlichen, die hier geboren und herangewachsen sind, ist eine erfolgreich abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung.

Alle Bemühungen um Integration dürfen aber nicht zur Benachteiligung von Berliner Kindern und Jugendlichen führen. Deshalb muß der Ausländeranteil in den Schulklassen gering gehalten werden, der Unterricht für türkische Kinder in ihrer Muttersprache in eigenen Klassen verstärkt werden.

Ein großer Teil der in Berlin lebenden Ausländer wird auf Dauer oder zumindest langfristig in der Stadt bleiben. Für die Eingliederung dieser Menschen müssen besondere Anstrengungen unternommen werden. Zu einer realistischen Ausländerpolitik gehört aber auch, die Rückkehrwünsche vieler Ausländer zu unterstützen.

An folgende Maßnahmen ist gedacht:

- Kapitalisierung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld,
- Förderung der Arbeitsaufnahme im Herkunftsland,
- Qualifizierungsmaßnahmen für rückkehrwillige Ausländer,
- Förderung von Arbeitnehmerschaften zur Arbeitsbeschaffung in der Türkei.

W I R S E T Z E N A U F D E N B Ü R G E R S I N N
D E R B E R L I N E R ,
I N S B E S O N D E R E D E R J U G E N D

Die CDU will der totalen Verplanung aller Lebensbereiche entgegenwirken und die Flut von Gesetzen und Verordnungen eindämmen. Die CDU will Bürgerfreiheit und Bürgersinn fördern.

Die CDU ist davon überzeugt, daß gerade in der jungen Generation die Bereitschaft zum sozialen Engagement weit verbreitet ist. Sie muß aktiviert und zu konkreten Aufgabenstellungen verdichtet werden. Damit können zugleich geistige Leere, Zukunftsangst und Verdrossenheit abgebaut werden.

In unserer Zeit ist der Mitmensch herausgefordert, nicht der Apparat. Deshalb verdient stets die kleinere, menschlich überschaubare Einheit den Vorzug vor der staatlich-bürokratischen Lösung.

Deshalb:

- Mitarbeit geht vor Betreuung,
- Hilfe zur Selbsthilfe geht vor Versorgung,
- soziale Treffsicherheit geht vor Nulltarif,
den Nulltarif ist Ausdruck des klassischen Gießkannenprinzips.

Unsozial ist es, wenn der Arbeiter die Wohnung eines Senators aus der eigenen Lohntüte mitfinanziert. Unsozial ist es, wenn der stark belastete Familienvater mit seinen Steuergroschen den Kindertagesstättenplatz für das Kind des Bankdirektors mitfinanziert.

W I R W O L L E N D I E F A M I L I E S T Ä R K E N

Die Familie ist für die Existenz und Weiterentwicklung unserer Gesellschaft unersetzlich. Berlin muß auch für junge Familien wieder attraktiv werden. Berlin soll eine Stadt werden, in der

- Familiengründung nicht mit sozialem Abstieg verbunden ist,
- Kinderfreundlichkeit zu den Selbstverständlichkeiten gehört.

Die Familie darf sich aber nicht einseitig zu Lasten der Frau verwirklichen. Die Frau ist heute durch Beruf und Familie oft überbeansprucht. Familienpolitik darf sich nicht am herkömmlichen Rollenverständnis orientieren. Auch Männer müssen und wollen heute Aufgaben übernehmen, die früher nur einseitig den Frauen zugeordnet waren.

Die CDU will Männern und Frauen die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf praktisch ermöglichen.

Wir wollen

- mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeit;
- verbesserte Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Beruf;

Die CDU hat klare Grundsätze:

- . Erziehungsgeld geht vor Krippenbetreuung;
- . Familienerziehung geht vor Fremderziehung;
- . Beratung in Erziehungs- und Partnerfragen geht vor Heimunterbringung.

W I R W O L L E N E I N E S C H U L E ,
D I E F Ü R D I E K I N D E R D A I S T

Die CDU will keinen Streit über Organisationsformen. Sie wird Gesamtschulen nicht schließen, sondern verbessern. Sie wird sie so gestalten, daß sie den Schulen des gegliederten Schulwesens gewachsen ist. Realschulen und Gymnasien dürfen in der Ausstattung nicht benachteiligt werden. Schulpolitik darf nicht mehr von Hektik geprägt sein. Die CDU wird nicht immer neue Reformen häufen, sondern besonnene Fortentwicklung verwirklichen. Für die als Schulversuch laufenden Oberstufenzentren wird eine wissenschaftliche Begleitkommission berufen, die Maßstäbe und Vergleichbarkeiten zu sichern hilft.

Die Hauptschule wird aus dem Abseits geholt. Deshalb müssen auch Hauptschulen als Ganztagschulen und Gesamtschulen als Halbtagschulen organisiert werden.

Die CDU wird

- die "überschaubare Schule" wieder herstellen, in der noch die Lehrer ihre Schüler mit Namen kennen,

- eine "Lehrerfeuerwehr" einführen, damit nicht mehr so viele Unterrichtsstunden ausfallen,
- die berufliche Bildung nicht weiter verschulen, sondern das Miteinander von Betrieb und Schule stärken. Das 10. Bildungsjahr darf kein Wartesaal für künftige Berufsanfänger sein, sondern ein Teil der beruflichen Ausbildung.

Schule muß die Persönlichkeitsbildung junger Menschen als zentrale Aufgabe begreifen und sie gemeinsam mit den Eltern erfüllen. Sie muß auf die Unterschiedlichkeit der Menschen antworten. Die Vielfalt der Meinung darf dabei aber nicht mit Standpunktlosigkeit verwechselt werden. Begründete eigene Stellungnahme und Achtung vor der Überzeugung anderer sind Voraussetzung für den Bestand unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung.

W I R W O L L E N D E M A L K O H O L - U N D D R O G E N M I S S B R A U C H W I R K S A M B E G E G N E N

Berlin ist wie keine andere Stadt Suchtgefahren ausgesetzt. Rauschgiftdelikte nehmen ständig zu.

Große Bedeutung kommt der erzieherischen Aufklärung zu. Allerdings kann wirksame Vorbeugung nicht erst durch die Information über die Gefahren des Rauschgiftes erfolgen. Dem Heranwachsenden muß bereits durch die Familie, die Schule und Freizeitangebote eine entscheidende Hilfe bei der Persönlichkeitsbildung gegeben werden.

Für die CDU ist besonders wichtig:

- Alle pädagogischen und sozialpädagogischen Ausbildungsgänge müssen die Problematik "Sucht" und "Suchtprophylaxe" beinhalten.
- Der Jugendschutz muß wieder ernst genommen werden.
- Es müssen mehr Therapieplätze in der Verantwortung freier Träger geschaffen werden.
- Besonders wichtig ist die Nachsorge. Notwendig ist vor allem, versäumte Schulabschlüsse nachzuholen und einen Arbeitsplatz zu finden.
- Kontaktlehrer müssen Vertrauenspersonen sein und müssen deshalb von den Schülern gewählt werden.
- Die vorhandenen Hilfsmaßnahmen müssen zwischen allen helfenden öffentlichen und privaten Stellen besser als bisher abgestimmt werden.

W I R W O L L E N D I E W I R T S C H A F T S K R A F T
B E R L I N S S T Ä R K E N

Berlin muß wieder an die Spitze. Leistung muß wieder mehr zählen als Subventionen. Nur dann hat Berlin auch wirtschaftlich eine sichere Zukunft.

Berlin hat keineswegs nur Standortnachteile. Berlin hat ein kräftiges Industriepotential. Es hat einen breiten Mittelstand. Die Berliner Facharbeiter sind weltweit bekannt und gefragt. Was fehlt, ist eine Wirtschaftspolitik, die Vertrauen schafft und neuen Auftrieb gibt:

- In erster Linie muß die Berliner Wirtschaftskraft nach innen gestärkt werden.
- Der Mittelstand muß in seiner Wettbewerbsfähigkeit erhalten und weiterentwickelt werden.
- Die Leistungskraft von Handwerk und Einzelhandel muß gestärkt werden.
- Das die freie Wirtschaft hemmende bürokratische Antrags- und Verordnungswesen muß gesäubert werden.
- Die private Wirtschaft muß gegenüber den öffentlichen Diensten wettbewerbsfähig bleiben.

W I R W O L L E N M E H R A R B E I T S K R Ä F T E ,
M E H R S E L B S T Ä N D I G E ,
M E H R E I G E N K A P I T A L

Berlin braucht mehr Fachkräfte. Berlin braucht mehr Selbständige.
Die Berliner Wirtschaft braucht mehr Eigenkapital.

Dafür steht die CDU:

- Die Chancen der Berliner zu einer praxisbezogenen beruflichen Ausbildung und Weiterbildung müssen erhöht werden.
- Die Kommunikation zwischen Schule, Hochschule und Betrieb muß verbessert werden.
- Mehr Berliner Arbeitslose müssen Berliner Fachkräfte werden. Wir werden entsprechende bedarfsorientierte Umschulungsmaßnahmen fördern.
- Auch müssen mehr Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden.
- Für gleitende Übergänge in den Altersruhestand gilt es zu sorgen.
- Es müssen sich mehr Menschen selbständig machen können. Hierfür wird ein "Existenzsparen" nach dem Vorbild des Bausparens vorgeschlagen.

Die Berliner Betriebe benötigen mehr Eigenkapital. Die CDU will mehr Erleichterungen bei der Ertragsbesteuerung. Mehr Leistung muß sich wieder lohnen. Die CDU wird eine selbständige Wagnisfinanzierungsgesellschaft einrichten, die Berlin durch Eigenkapitalstärkung für innovative Unternehmen attraktiv macht. Und die CDU wird das Modell "Investition auf Raten" erproben lassen. Die Berliner Gewerbesiedlungsgesellschaft wird danach jungen Unternehmen Grundstücke und Gewerbebauten zur Verfügung stellen, so daß diese ihr Eigenkapital für die unmittelbar produktiven Investitionen verwenden können.

W I R S I C H E R N E I N E U M W E L T F R E U N D L I C H E E N E R G I E V E R S O R G U N G

Die Energiekosten steigen immer höher. Auch die privaten Haushalte werden dadurch überdurchschnittlich belastet. Mit ihrer Energiepolitik will die CDU daher auch kostenbewußt sein.

Daneben gilt es, die Energieversorgung Berlins besser zu sichern, die Abhängigkeit vom Öl zu verringern und die Umweltbelastungen zu vermindern.

Das Kohlekraftwerk in Ruhleben ist aus Gründen der Sicherheit der Energieversorgung, der Wirtschaftlichkeit und des Umweltschutzes dringend geboten. Nur wenn dieses moderne Kraftwerk gebaut wird, können ältere, unrationelle und die Umwelt belastende Anlagen ersetzt werden.

Die CDU will einen Erdgasverbund mit dem Bundesgebiet schaffen. Die CDU wird ferner Erdgasspeicher errichten und hierfür sofort Probebohrungen veranlassen.

B E R L I N B R A U C H T D I E C D U

Die Berliner SPD hat der Stadt großen Schaden zugefügt. Der Ruf Berlins wurde ruiniert und die Stadt ins Abseits regiert. Dreimal hintereinander mußte die SPD ihren Spitzenmann vorzeitig auswechseln. Aber neue Namen können nicht mehr von der Tatsache ablenken, daß diese Partei verbraucht ist. Ein ehrlicher Wechsel ist nötig. Berlin braucht eine neue Chance.

Der Staat muß Autorität und Ansehen zurückgewinnen. Die Bürger müssen zu ihrem Senat wieder Vertrauen haben.

Berlin muß sich wieder der positiven Kräfte bewußt werden, die in der Stadt vorhanden sind, aber durch politische Mißwirtschaft erlahmten.

Berlin ist eine Stadt der Arbeit mit fähigen Menschen, die hervorragendes zu leisten imstande sind. Ihr Mut, ihre Lebensfreude, ihre Phantasie müssen sich wieder voll entfalten können.

Berlin muß sich wieder seiner nationalen Aufgabe stellen, die Stadt der Hoffnung aller freiheits- und friedensliebenden Deutschen zu sein, in Ost und West. Berlin will Brücke und Klammer sein, Symbol der nationalen Einheit.

Ausbau der menschlichen Begegnungen zwischen Ost und West bleiben vorrangiges Ziel der CDU bei allen Gesprächen mit Ostberlin.

Berlin ist ein geistiges und kulturelles Zentrum für ganz Deutschland. Die Stadt kann und muß wieder Ausgangspunkt für neue gesellschaftliche, wissenschaftliche und technologische Entwicklungen sein. Berlin hat die Kraft dazu.

Tüchtigkeit, Weltoffenheit, Herzlichkeit müssen wieder das Bild bestimmen, daß man draußen von uns hat.

Die Berliner müssen wieder stolz auf ihre Stadt sein können !

Alles spricht für den politischen Wechsel. Berlin braucht den Neubeginn. Berlin braucht Richard von Weizsäcker und seine Mannschaft. Berlin braucht die CDU.